

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

19.02.2026: Atteste, Abschiebungen, Anklagen: Wie der Staat medizinische Urteile politisiert

In Ravenna haben diese Woche Ermittlungen gegen mittlerweile acht Ärzt*innen begonnen, die beschuldigt werden, falsche ärztliche Atteste für Migrant*innen ausgestellt zu haben. Ihnen wird vorgeworfen, Personen als reiseunfähig oder sie als für die Unterbringung in einem Abschiebezentrum ungeeignet eingestuft zu haben, um Rückführungen zu verhindern. Die Ermittlungsbehörden prüfen den Verdacht einer "fortgesetzten ideologischen Fälschung" in öffentlichen Urkunden. In diesem Zusammenhang durchsuchten Beamte der Staatspolizei die Abteilung für Infektionskrankheiten im Krankenhaus Santa Maria delle Croci. Auch Privatwohnungen und Autos wurden durchsucht, dabei wurden unter anderem Computer und Smartphones beschlagnahmt.

Politisch wurde der Fall umgehend zugespitzt. Matteo Salvini und Innenminister Piantedosi kritisierten das Vorgehen der Ärzt*innen scharf; Salvini stellte hierbei öffentlich Entlassungen, den Entzug der Approbation sowie Verhaftungen in Aussicht.

Berufsverbände wiederum warnten, dass Art und Umfang der Ermittlungsmaßnahmen das Vertrauensverhältnis im Gesundheitswesen untergraben könnten und eine einschüchternde Wirkung auf die gesamte Ärzt*innenschaft bewirken. Zudem wurde kritisiert, dass durch die Durchsuchung im Klinikbetrieb die Versorgung hospitalisierter Patient*innen unterbrochen und der öffentliche Dienst gestört worden sei.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht damit die Frage nach der Unabhängigkeit des ärztlichen Urteils. Ärztekammern betonen, medizinische Einschätzungen dürften nicht durch politische Interessen instrumentalisiert werden. Gleichzeitig verweisen Akteure wie SIMM (Italienische Gesellschaft für Migrationsmedizin), ASGI (Vereinigung für Rechtsstudien zur Einwanderung) sowie das Netzwerk „Mai più lager - No ai CPR“ darauf hin, dass CPR (Abschiebezentrum) als Orte beschrieben werden, die Infektionen und schwere psychische Störungen begünstigen. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass Ärzt*innen, die Untauglichkeit attestieren, nicht "politisch" handeln, sondern präventiv – im Sinne des ethischen Grundsatzes der Nichtschädigung. Da Ärzt*innen keine Bürokrat*innen sind, die Migrationspolitik umsetzen, sind ihre Beurteilungen zudem evidenzbasiert, fallspezifisch und zielen darauf ab, das Grundrecht auf Gesundheit zu schützen. Vorwürfe politischer Voreingenommenheit bergen das Risiko, ein Klima der Besorgnis und Unsicherheit zu schaffen, das Ärzt*innen davon abhalten könnte, eine Person als nicht geeignet für eine Rückführung einzustufen – aus Sorge, selbst ins Visier von Ermittlungen zu geraten oder in Frage gestellt zu werden. Hier wird oft auf den ärztlichen Verhaltenskodex (Art. 32) verwiesen, der den besonderen Schutz von Minderjährigen, Gewaltbetroffenen und vulnerablen Personen betont. Insbesondere dann, wenn das Umfeld Gesundheit, Würde und Lebensqualität nicht gewährleistet.

Erinnert sei hier an den Tod des 26-jährigen Simo Said im CPR Bari-Palese: Obwohl erste Berichte von "natürlichen Ursachen" (arresto cardiocircolatorio) sprachen, stellen Angehörige und Beobachter*innen diese Darstellung in Frage und fordern Aufklärung – auch das stützt die Kritik, dass CPR keineswegs nur verwalten, sondern Orte darstellen, in



denen sich physische und psychische Krisen zuspitzen.

Für die betroffenen Ärzt*innen entsteht jedenfalls dadurch eine Konfliktsituation: Ihr ärztlicher Schutzauftrag und ihr ethischer Kodex stehen im Widerspruch zu staatlichen Erwartungen, die Haft- und Abschiebep Praxis faktisch zu stützen. Dadurch geraten sie erheblich unter Druck.

Als Reaktion auf die Anschuldigungen startete SIMM die Petition „La cura non è un reato“ („Heilen ist kein Verbrechen“; Link zur Petition: <https://www.change.org/p/appello-urgente-la-cura-non-è-un-reato>), die binnen kurzer Zeit über 30.000 Unterschriften sammelte. Begleitet wurde dies von [Solidaritätsbekundungen und einem Flashmob](#) vor dem Krankenhaus – nicht nur als Unterstützung der beschuldigten Ärzt*innen, sondern auch als Erinnerung an den gesellschaftlichen Wert von Pflege- und Gesundheitsarbeit.

Insgesamt reiht sich der Fall in eine Serie migrationspolitischer Zuspitzungen in Italien ein, im Kontext dessen sich derzeit in Regierungskreisen ein wiederkehrendes Narrativ beobachten lässt: Migrationsfeindliche Vorhaben – insbesondere Abschiebungen – würden von einem [„politisierten Teil“ der italienischen Justiz](#) blockiert, so Georgia Meloni. In derselben Woche griff die Ministerpräsidentin dieses Deutungsmuster auf, als sie in einer Kundgebung beklagte, ein Teil der Justiz behinderte fortwährend die migrationspolitischen Ziele der Regierung. Zugleich bekräftigte sie die Entschlossenheit, den eingeschlagenen Kurs entschlossen fortzusetzen.

Frühere Debatten haben bereits gezeigt, dass dies nicht das erste Mal ist, dass medizinisches Personal unter Druck gerät: Wenn Versorgung an Überwachungs- und Abschiebelogiken gekoppelt wird, geraten Gesundheitsfachkräfte immens unter Druck. So werden sie [etwa durch die Kontrolle von Behandlungsabläufen oder die Forderung danach, zum Zeitpunkt der Entlassung benachrichtigt zu werden](#), darin eingeschränkt, ihrer ethischen Pflicht nachzukommen und Patient*innen zu schützen. So wird das Krankenhaus vom Schutzraum zur potenziellen Schnittstelle staatlicher Sanktion – mit abschreckenden Folgen für die Inanspruchnahme von Behandlung und damit auch für die öffentliche Gesundheit.

Gerade in diesem Klima wird das Verfahren gegen die acht Ärzt*innen zur Sollbruchstelle: Hier kollidieren Gesundheitsschutz, Haftlogik und menschenrechtliche Standards – und es zeigt sich deutlich, wie professionelle Urteile in politische Loyalitätsfragen umgedeutet werden können. Sichtbar wird auch ein zweiter Effekt: Wer sich – beruflich oder öffentlich – mit kriminalisierten Personen solidarisiert oder sie schützt, gerät selbst ins Visier. Die Grenze zwischen fachlicher Einschätzung und politischer Zuschreibung wird also brüchig; professionelle, ethisch fundierte medizinische Praxis wird zum Austragungsort einer migrationsfeindlichen Politik, die neben Migrant*innen auch diejenigen unter unangemessenen Druck setzt, die sie behandeln.